

Presseerklärung und Information an unsere Patientinnen und Patienten für den Aktionstag am 10.10.2012

Ungeachtet aller Klischees und Neiddiskussionen, mit denen Kassenfunktionäre, Politik und Medienvertreter die Vertragsärzte insgesamt reich reden wollen, wird in den kommenden 2-3 Jahren die Haus- und Facharztversorgung in den ländlichen Regionen massiv schrumpfen. In den Kliniken können nur noch $\frac{1}{4}$ der Assistentenstellen durch deutsche Ärzte besetzt werden.

Dafür gibt es triftige Gründe:

- Durchschnittswerte und GKV-Umsatzzahlen der Vertragsärzte auf Bundesebene sind in den fachärztlichen Berufsgruppen nicht aussage-relevant.
- Mit GKV-Umsätzen unterhalb der Kostendeckung in den alten Bundesländern kann man bestehende Praxen nicht erhalten, geschweige denn neue Versorgungsformen aufbauen.
- Medien, Politiker und v.a. Kassenfunktionäre haben gezielt in der Öffentlichkeit Umsatz, durchlaufende Kosten und Gewinn der Vertragsärzte „verwechselt“, um falsch zu informieren und so das Ansehen des Arztberufes zu beschädigen. Einzelbeispiele in wirtschaftlichen Nischen rechtfertigen nicht die Übertragung auf alle Vertragsärzte.
- Schwerwiegende Fehler in der Gesetzgebung durch die politisch Verantwortlichen wurden trotz jahrelanger kontinuierlicher Aufklärung durch unsere Körperschaften, Berufsverbände und Kammern bewusst nicht korrigiert.
- Auch wenn das Durchschnittsalter der Vertragsärzte z.B. bei ca. 58 Jahren liegen würde, bleibt hierbei die ärztliche Morbidität unberücksichtigt. Auch Ärzte werden krank; nur arbeiten sie -im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen- häufig weiter trotz koronarer Herzerkrankung, zurückliegendem Infarkt, Schlaganfall, Tumorleiden und sonstigen Erkrankungen.
- Ursache für die erhöhte Morbidität unter Ärzten sind kontinuierlicher Verschleißprozess durch Tag- und Nachtbelastung, bürokratische Schikanen und Dauerfrust durch Krankenkassen und deren angeblich „unabhängige“ Organisation - den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK), sowie die nicht mehr tragfähige Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in unserem Land.

Der gesetzlich vorgegebene Gestaltungsspielraum der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), und der Länder-KVen zur effektiven Vertragsgestaltung ist zu begrenzt, als daß damit das Blockadekartell uneinsichtiger machtgeriger Kassenfunktionäre bei Verhandlungen durchbrochen werden könnte. Verhandlungen „auf Augenhöhe“ existieren bereits seit Jahren nicht mehr. Die Leidtragen sind hierbei aber neben der Ärzteschaft besonders unsere Patienten, da sich deren Versorgung damit zwangsläufig, zunächst schleichend, jetzt immer rasanter spürbar verschlechtert. Scheitert nun auch der aktuelle Versuch der KBV, um wenigstens den Ausgleich für die seit Jahren steigenden Kosten, den Inflationsausgleich und zurückliegende Nullrunden zu erhalten, werden wir aus oben genannten Gründen bald nicht mehr für unsere Patienten da sein können.

Aktionsbündnis Urologie (ABU)

Berufsverband der Augenärzte (BVA)

Berufsverband der Dermatologen (BVDD)

Berufsverband der Orthopäden und Unfallchirurgen (BVOU)

Berufsverband niedergelassener Gastroenterologen (BNG)

Berufsverband der niedergelassenen fachärztlich tätigen Internisten (BNFI)

Berufsverband der Nuklearmediziner (BDN)

Berufsverband der Radiologen (BDR)

Vereinigung psychotherapeutisch tätiger Kassenärzte (VPK)

Berufsverband niedergelassener Chirurgen (BNC) Oberfranken

Gewonnen haben dann Konzerne mit Aktionärsbeteiligung, bei denen nur noch "lukrative Patienten" oder Stückgutabfertigung (siehe Prognos-Gutachten des Spitzenverbands der Krankenkassen) die Regel sind. Alle Patienten, die sich dann nicht mehr „rechnen“ bleiben auf der Strecke!

Diese Entwicklung der vergangenen Jahre war insbesondere durch den Einfluss der Politiker und Kassenfunktionäre, die sich gut bezahlt oft in den Aufsichtsräten dieser Konzerne tummeln und einer demokratischen Kontrolle entziehen, in die Wege geleitet worden.

Wenn wir **Ärzte in freier Praxis** die Patienten daher in der Praxis über diesen Konflikt informieren und mit „**unseren**“ **Problemen** belasten, dann sind es eigentlich "**die zukünftigen Probleme der Patienten**"!

Wir möchten deshalb bei unseren Patienten nicht nur um Verständnis dafür bitten, sondern sie auffordern diesen Weg mit uns zu gehen. Wenn wir unsere Praxen zeitweise schließen oder Serviceangebote einschränken, ist das kein Streik, sondern unser letzter Versuch, um gegen diesen Irrsinn zu protestieren! In den nächsten Jahren werden die Patienten sonst keine Alternativen mehr haben und viele Kilometer mehr reisen müssen von höherem Zeitaufwand und Spritkosten abgesehen, um noch haus- und fachärztlich versorgt zu werden. Wir bitten **Sie – unsere Patienten** - uns zu unterstützen und ggf. mit uns auf die Straße zu gehen. Wir werden eine ausreichende Notfallversorgung organisieren.



Dr. med. Peter Heinz

Vorsitzender Facharzt-Allianz Bayern

Aktionsbündnis Urologie (ABU)

Berufsverband der Augenärzte (BVA)

Berufsverband der Dermatologen (BVDD)

Berufsverband der Orthopäden und Unfallchirurgen (BVOU)

Berufsverband niedergelassener Gastroenterologen (BNG)

Berufsverband der niedergelassenen fachärztlich tätigen Internisten (BNFI)

Berufsverband der Nuklearmediziner (BDN)

Berufsverband der Radiologen (BDR)

Vereinigung psychotherapeutisch tätiger Kassenärzte (VPK)

Berufsverband niedergelassener Chirurgen (BNC) Oberfranken